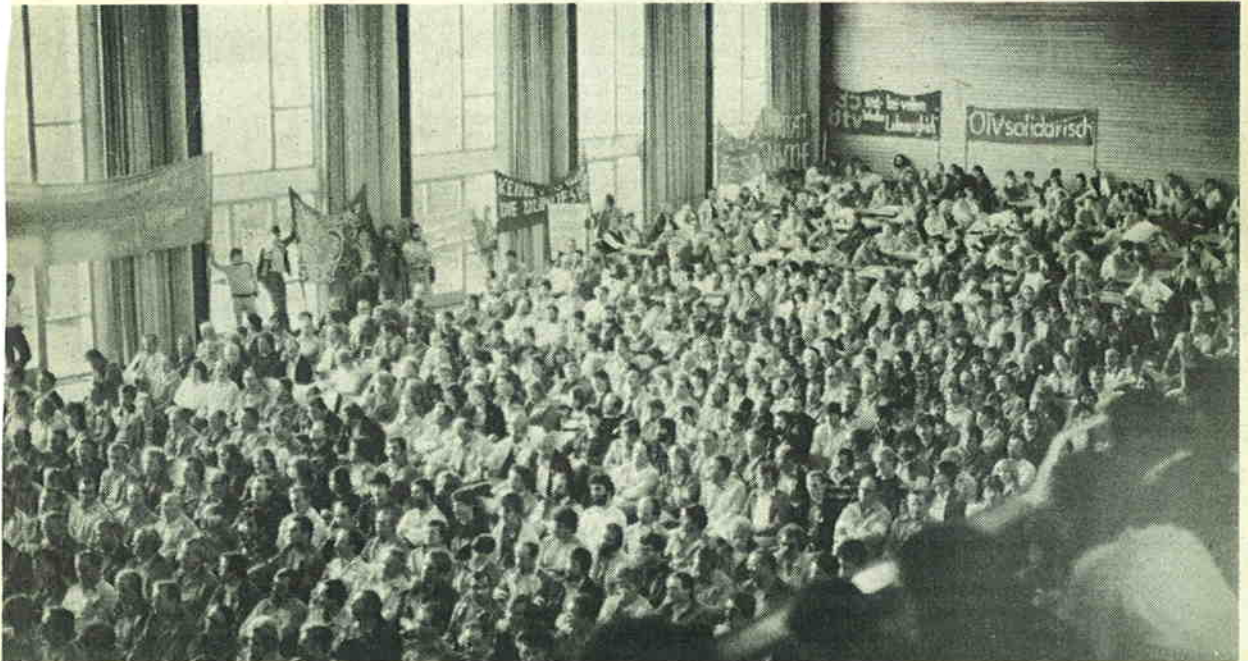


G.T. 25.5.84



Brechend voll war die Aalener Stadthalle vorgestern: Rund 2000 Arbeitnehmer aus dem ganzen Ostalbkreis waren dem Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu einer Kundgebung gefolgt und hatten um 13 Uhr die Arbeit niedergelegt. (Foto: wof)

Rund 2000 folgten dem Aufruf des DGB

## Der Aussperrung den Kampf angesagt

Zentrale Kundgebung für den Ostalbkreis in der Stadthalle Aalen/Scharfe Worte gegen Arbeitgeber

**Aalen (ho).** Eine kämpferische Stimmung herrschte am Mittwoch nachmittag in der Aalener Stadthalle, wo sich rund 2000 Arbeitnehmer aus dem gesamten Ostalbkreis versammelt hatten, um ihre Solidarität mit den streikenden, ausgesperrten und „kalt ausgesperrten“ Kolleginnen und Kollegen im ganzen Land unter Beweis zu stellen. Die Teilnehmer der Kundgebung, die aus Aalen, Schwäbisch Gmünd und Ellwangen, aber auch aus vielen kleineren Gemeinden zusammengeströmt waren, folgten einem Aufruf von 15 Einzelgewerkschaften im DGB-Kreis Ostalb. Ursprünglich sollte die Demonstration gegen die, wie es hieß, „Unternehmerwillkür“ auf dem Aalener Marktplatz stattfinden. Eine heraufziehende Regenfront ließ die 2000 jedoch in die Stadthalle ausweichen, wo Transparente und Plakate mit DGB-Forderungen die Szenerie prägten. Kennzeichnend für die Veranstaltung waren auch scharfe Angriffe von Gewerkschaftsvertretern gegen die im Tarifgebiet Nordbaden/Nordwürttemberg von den Metallarbeitgebern verfügte Aussperrung und gegen die von der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit getroffene Entscheidung, solchen Arbeitnehmern kein Kurzarbeitergeld zu zahlen, die von Produktionsstillegungen betroffen sind.

Der DGB-Kreisvorsitzende Hugo Stohr begrüßte insbesondere die Betriebsangehörigen der Fahrradfabrik Friedrichshafen, Werk Schwäbisch Gmünd, wo seit dem vergangenen Dienstag 4200 Arbeitnehmer ausgesperrt sind; ferner jene Auszubildenden der Schwäbischen Hüttenwerke Wasseralfingen, die trotz der Drohung, daß man ihnen die ausgefallene Zeit vom Urlaub abziehen werde, zur Kundgebung gekommen seien; schließlich wandte sich Stohr an diejenigen Mitarbeiter der Schwäbischen Post und Gmünder Tagespost, die sich vorgestern wieder im Ausstand befanden, und an die 32

„kalt Ausgesperrten“ des Drahtwerks Simon in Hüttlingen.

Stohr, der betonte, daß kein Arbeitnehmer aus Lust am Streik die Arbeit niederlege, erinnerte daran, daß bisher alle sozialen Fortschritte wie Acht-Stunden-Tag, Arbeitsschutzvorschriften oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall von den Gewerkschaften hätten erkämpft werden müssen. Der Streik sei das einzige Mittel, um wirklich wichtige Forderungen der Arbeitnehmer durchzusetzen. Durch die Möglichkeit der Aussperrung werde die Wirkung dieses Mittels annulliert: „Die Arbeitgeber stehen dann wieder groß und

mächtig da, und die Arbeitnehmer klein und schwach“, sagte Stohr.

**„Aussperrung nirgends verankert“**

Die „Schließung der Fabrikttore von innen“ nannte Stohr eine beleidigende Aktion angesichts der Tatsache, daß sonst in Sonntagsreden immer die Leistung der deutschen Arbeitnehmer beim Wiederaufbau des Landes nach dem Krieg herausgestellt werde. Der DGB-Kreisvorsitzende wies darauf hin, daß ein Recht zur Aussperrung verfassungsmäßig nirgends verankert sei und daß diese Arbeitskämpfmaßnahme der Unternehmer in den europäischen Nachbarländern verboten ist.

Stohr warf den Arbeitgebern absolute Kompromißlosigkeit in der Frage der Verkürzung der Wochenarbeitszeit schon seit Mitte der siebziger Jahre vor. Im Tabukatalog der Unternehmer sei die 40-Stunden-Woche seit 1975 festgeschrieben. In der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche hätte die Arbeitgeberseite aber die Kampfbereitschaft der Gewerkschaftsmitglieder unterschätzt. „Wir lassen uns nicht unter Druck setzen, wir lassen uns nicht spalten“, rief Stohr unter dem Beifall der Kundgebungsteilnehmer aus. Die vom Arbeitskampf zur Stunde noch nicht betroffenen Kolleginnen und Kollegen forderte der DGB-Vertreter auf, durch Besuche bei Streik-



posten und Ausgesperrten Solidarität zu beweisen.

**Vor dem Hintergrund der Aussperrung der ZF-Arbeiter in Schwäbisch Gmünd sprach der Gmünder 1. Bevollmächtigte der IG Metall, Alfons Leinmüller, vom Trugbild „falscher Partnerschaft“, das die Unternehmer in Gut-Wetter-Zeiten aufbauten, das aber dann bei einem Arbeitskampf sofort außer Kraft gesetzt werde. Der Verlauf der jetzigen Auseinandersetzung in der Metall- und Druckindustrie fordere von den Gewerkschaften andere Antworten als in der Vergangenheit. Die Diskussion müsse darüber geführt werden, „ob die Arbeitsplätze der alleinigen Verfügungsgewalt der Unternehmer überlassen bleiben oder ob wir sie verteidigen“.**

Leinmüller attackierte in scharfer Form die Entscheidung der Nürnberger Bundesanstalt. Mit solchen „Handstreichen“ gegen die soziale Sicherheit müsse Schluß gemacht werden. Die Teilnahme am von den Gewerkschaften geplanten bundesweiten Protestmarsch auf Bonn sei für jeden Gewerkschafter eine Pflicht. Wie vor ihm schon Hugo Stohr betonte Leinmüller, daß es für die Aussperrung keine verfassungsrechtliche Grundlage, sondern nur die Basis des „Richter-Rechts“ gebe. Gegen den „Terror“ der Aussperrung müßte gleichermaßen von Frauen und Männern wie von ausländischen Arbeitnehmern praktizierte Solidarität geübt werden.

Der Gmünder IGM-Bevollmächtigte kritisierte auch die von Regierung und Arbeitgebern angebotene Vorruhestandsregelung. Nach Abzug von 25 bis 30 Prozent des letzten Nettogehaltes bliebe vielen vorzeitig in den Ruhestand gehenden Arbeitnehmern ein Betrag übrig, den zum Beispiel die Gattin des Arbeitsministers Blüm als Taschengeld erhalte.

### „Neue Dimension des Arbeitskampfes“

Auch der Stuttgarter Bezirksvorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft, Walter Wahl, sah in der Aussperrung einen Anschlag auf das Streikrecht und Koalitionsfreiheit. „Wer aussperrt, gehört eingesperrt“, meinte er und rügte ebenfalls die Nürnberger Bundesanstalt, weil sie in „schwerer Weise“ ihre Neutralitätspflicht verletzt habe. Wahl sprach von einer neuen Dimension des Arbeitskampfes. Erstmals sähen sich die organisierten Arbeitnehmer einer „geschlossenen Front von Kapital und Regierung“ gegenüber. „Echte Demokraten kennen keine Tabus. Nur Diktatoren sichern damit ihre Herrschaft“, kritisierte er die Unnachgiebigkeit der Arbeitgeberseite in der Frage der 35-Stunden-Woche.

Die vom Gedanken der Sozialpartnerschaft getragene „Zurückhaltung“ der Gewerkschaften in den vergangenen Jahren bezeichnete der 1. Bevollmächtigte der IG Metall in Aalen, Karl Schmid, im Lichte des jetzigen Arbeitskampfes als falsch: „Wir wurden von den Unternehmern über den Löffel balbiert“, brachte er

seinen Unmut auf den Nenner. Die Folge des Lohnverzichts sei der Abbau von Arbeitsplätzen gewesen, meinte Schmid, der den Tatbestand von Massenarbeitslosigkeit und Armut in einem der reichsten Länder der Erde einen Skandal nannte.

### „Unverantwortlich und brutal“

Skandalös sei es auch, daß ausgerechnet am Verfassungstag die Demokraten hierzulande ausgesperrt vor den Fabrikatoren stünden, während die Bundestagsabgeordneten über eine Diätenerhöhung debattierten.

Von mehreren Grußtelegrammen wurde das des Landtagsvizepräsidenten Dr. Alfred Geisel (SPD) verlesen, der die kompromißlose Haltung der Arbeitgeberverbände als unverantwortlich bezeichnete, weil sie die Gewerkschaften am Lebensnerv treffen wolle, und der den Beschluß der Nürnberger Bundesanstalt brutal nannte, weil er Tausende von Familien in unverschuldete Not stürze.

### AOK schützt auch beim Arbeitskampf

**Schwäbisch Gmünd. Streikende oder Ausgesperrte müssen des Arbeitskampfes nicht um ihren Schutz im Krankheitsfalle bangen. In der gesetzlichen Krankenversicherung bleibt während der ersten drei Wochen der Auseinandersetzung der Krankenversicherungsschutz für den Arbeitnehmer und seiner Familie in vollem Umfang erhalten. Sie haben also gegenüber ihrer AOK Anspruch auf alle Leistungen.**

Im Anschluß an die drei Wochen können sich die Arbeitnehmer bei ihrer AOK freiwillig weiterversichern. Sie stellen so sicher, daß sie und ihre Familien auch weiterhin gegen das finanzielle Risiko der Krankheit abgesichert bleiben. Der Bundesverband der Ortskrankenkassen empfiehlt allen AOK-Versicherten, die im Zusammenhang mit einem Arbeitskampf Fragen wegen ihres Krankenversicherungsschutzes und einer möglichen Weiterversicherung haben, sich rechtzeitig an ihre AOK zu wenden, die sie gerne beraten wird.